

II-10011 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr 4981 I.

1990 -02- 0 6

A N F R A G E

der Abgeordneten Probst, Dr. Partik-Pablé, Dr. Ofner
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Richtlinien über die Befreiung von der Rezeptge-
bühr

Dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger obliegt gemäß § 31 Abs. 3 21 ASVG die Aufgabe, Richtlinien für die Befreiung von der Rezeptgebühr bei Vorliegen einer besonderen sozialen Schutzbedürftigkeit des Versicherten aufzustellen. Die gültigen Richtlinien über die Befreiung von der Rezeptgebühr bestimmen im § 2, daß die Bezieher einer Ausgleichszulage zu einer Pension aus der Pensionsversicherung von der Rezeptgebühr befreit sind. Absatz 2 dieser Bestimmung setzt jedoch fest, daß bei Anrechnung eines fiktiven Ausgedinges auf die Ausgleichszulage gemäß § 292 Abs. 8 nur dann eine Befreiung von der Rezeptgebühr gewährt wird, wenn die Summe aus der Pension einschließlich der Ausgleichszulage sowie dem Nettoeinkommen mit Ausnahme des fiktiven Ausgedinges sowie der Unterhaltsansprüche 85 % des Ausgleichszulagenrichtsatzes nicht übersteigt.

Dies bedeutet, daß unabhängig von der Höhe des Ausgedinges eine Rezeptgebührenbefreiung nur dann eintritt, wenn der betroffene Pensionist nicht einmal 85 % des Ausgleichszulagenrichtsatzes erhält. Nach Information der unterzeichneten Abgeordneten ist es daher möglich, daß ein Pensionist keine Rezeptgebührenbefreiung genießt, obgleich sein Ausgedinge samt Pension und Ausgleichszulage den Richtsatz nicht erreicht. Ein Pensionist, dem kein Ausgedinge angerechnet wird, bekommt daher bei einem Einkommen von S 5.434,-- die Befreiung von der Rezeptgebührenbezahlung zugestanden, ein Pensionist, dem ein Ausgedinge anzurechnen ist, erhält jedoch bei einem Einkommen von Pension samt Ausgedinge zwischen

4.619,-- und 5.434,-- Schilling keine Rezeptgebührenbefreiung.

Da die unterzeichneten Abgeordneten diese Richtlinien für gleichheitswidrig und sozial ungerecht halten, richten sie an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die aufgezeigte Auswirkung des § 2 Abs. 2 der Richtlinien über die Befreiung von der Rezeptgebühr für sachlich gerechtfertigt und sozial gerecht?
- 2) Werden Sie Maßnahmen setzen, die zu einer Novellierung der Richtlinien und der Korrektur dieser negativen Auswirkungen führen?
- 3) Wenn nein, warum nicht?
- 4) Wenn ja, wann ist eine entsprechende Änderung der Richtlinien zu erwarten?